
FORUM: Ökonomische oder ökologische Erneuerung?

Jiří Kosta: Ökonomische Effizienz versus ökologische Erneuerung - Zum Problem der Systemtransformation am Beispiel der CSFR

Prof. Dr. Jiří Kosta, geb. 1921 in Prag, lehrte von 1970 bis 1987 Volkswirtschaftslehre, insbesondere der sozialistischen Wirtschaftssysteme an der Universität Frankfurt. Er war konzeptioneller Mitarbeiter an den Reformen des Prager Frühlings.

Die Umweltkatastrophe in den drei Ländern Ostmitteleuropas

In der Bundesrepublik hat man zwar etwas früher als anderenorts im Westen erfahren, wie verheerend die *ökologischen Schäden* in der ehemaligen DDR sind. Weit weniger informiert war man hier sowie in anderen westeuropäischen Ländern über die Umweltkatastrophen in den übrigen Staaten Ostmitteleuropas, in der Tschechoslowakei, in Polen und Ungarn. Bezeichnend dafür ist das folgende Zitat der Prager Zeitung *Lidove noviny* vom 21. April 1990: „In einem breiten Streifen von Leipzig über Nordböhmen und Nordmähren bis Krakau bietet sich ein Bild des Untergangs. Schlote von Fabriken und Kraftwerken speien Rauch mit Wolken von Schwefeldioxyd aus, saure Regen vernichten die Wälder. Die Wasserläufe sind durch Industrieabfälle verseucht und verwandeln sich in Gift-Kloaken, im Wasser ist kein Leben mehr.“ In der heutigen CSFR allein ist eine Reihe weiterer Regionen — in der Prager Gegend, rund um Brunn und Preßburg, und nicht zuletzt in der Mittel- und Ost-Slowakei - in ähnlicher Weise von der ökologischen Krise betroffen, wie im hier zitierten „Dreiländereck“. Sieht man einmal von den ostdeutschen Bundesländern ab, so liegt die Tschechoslowakei gemeinsam mit Polen heute am letzten Platz der ökologischen Rangordnung Europas, wobei Ungarn bei etlichen Indikatoren - etwa bei der im Osten generell sinkenden Lebenserwartung - diesen beiden Staaten nicht nachsteht.

Die Zerstörung der natürlichen Umwelt stellt nur einen Teil der Hypothek auf die Zukunft dar, die das kommunistische Establishment den aus den politischen Umwälzungen hervorgegangenen neuen Führungen hinterlassen hat.

¹ Zur ökologischen Lage vgl. W. Oschlies, *Böhmens Fluren und Haine sterben - Zur Umweltkatastrophe in der Tschechoslowakei*, Köln 1987; derselbe, „Umweltpolitik“ (Abschnitt 3) in: *Wörterbuch Staat und Politik*, Serie Piper, München/Zürich 1991, S. 720-724; Jiri Släma, *Umweltschutz im RGW; zu den Kooperationsmöglichkeiten in wirtschaftlicher Hinsicht zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR, der DDR, Polens und der CSSR*; vgl. besonders den Forschungsbericht des Osteuropa-Institutes München für das Bundesministerium für Wirtschaft, München, 1987.

Ein ähnlich trostloses Bild bietet die verwaarloste *Infrastruktur* - der Verkehr und das Nachrichtenwesen, der Städtebau und die Wohnungswirtschaft. Traurig ist auch die Hinterlassenschaft des veralteten technologischen Apparates, der eine Humanisierung der Arbeitswelt verhindert.

Wo hegen nun die *Ursachen* für diese Versäumnisse? Nicht zu Unrecht wird in erster Linie auf das Stalinsche Industrialisierungsmodell hingewiesen, das durch ein hohes Wachstumstempo bei vorrangiger Entwicklung der Schwerindustrie gekennzeichnet war. Die Industrialisierungsstrategie der alten CSSR eiferte diesem Vorbild nach, ja man war hier oft „päpstlicher als der Papst“. Immense Wachstumsraten der Produktion von Stahl, Kohle und Schwermaschinen - darunter Rüstungsgütern - sowie von Erzeugnissen der Petrochemie trugen massiv zur Verpestung der Umwelt bei.

Unter westlichen Ökologen wird oft auf das fehlende Umweltbewußtsein osteuropäischer Politiker und Wirtschaftsplaner hingewiesen. Diese These trifft jedoch nur für die ersten zwei Jahrzehnte der Nachkriegsentwicklung zu. Seit den späten sechziger Jahren ist in der Tschechoslowakei und anderen Ostblockländern bereits auf das Problem öffentlich hingewiesen worden. Und insbesondere im letzten Jahrzehnt vor der Wende sind in Prag eine Flut von Gesetzesnormen verabschiedet und Maßnahmen verordnet worden, die auf eine Beseitigung der Schäden sowie auf Vorbeugung hinzielten. Anstelle einer Verbesserung spitzte sich die Umweltkrise jedoch weiter zu. Die Hauptursache für diese verheerende Entwicklung lag in der *ökonomischen Ineffizienz* der Kommandowirtschaft. Die Effizienzschwächen des Systems - Ressourcenverschwendung, Innovationsträgheit und Vorbeiproduzieren am Bedarf - stellten die zentralen Planer vor die unlösbare Aufgabe, die notwendigen sachlichen, personellen und finanziellen Mittel aufzutreiben, die wenigstens eine Milderung der ökologischen Schäden, wenn nicht deren Beseitigung ermöglichen hätten.²

Systemtransformation und Konfliktfelder

Ähnlich wie in Polen und Ungarn hat sich die aus der sanften Novemberrevolution von 1989 hervorgegangene und durch die Juni-Wahlen von 1990 demokratisch legitimierte politische Führung der CSFR mit einer schweren ökonomischen und ökologischen Erblast herumzuschlagen. Dabei entstehen etliche Konfliktfelder, wie der Konflikt zwischen *Effizienz und sozialen Belangen*, zwischen kompetentem Management („*Technokratie*“) und *Entscheidungspartizipation*, zwischen *effizientem Wirtschaften* und *ökologischen Werten*.

Die ökonomische Effizienz steht meines Erachtens unter den gegebenen Bedingungen zu Recht an vorderster Stelle des Prioritätenkatalogs. Die Durchsetzung effizienten Wirtschaftens erfordert die Nutzung marktwirtschaftlicher Koordinationsformen. Der Preis-Wettbewerbs-Mechanismus, der eine

² Zur Begründung der systembedingten Ineffizienzen des Planwirtschaftssystems siehe ausführlicher: Jifi Kosta, *Wirtschaftssysteme des realen Sozialismus. Probleme und Alternativen*, Köln 1984, S. 91-96.

Marktwirtschaft charakterisiert, ist in bezug auf einen sparsamen Ressourceneinsatz und auf eine flexible Anpassung an Nachfragestrukturen allen anderen Steuerungsverfahren überlegen. Effizienz ist allerdings nicht ein Ziel an sich, sondern Voraussetzung zur Realisierung *übergeordneter* Werte, wie etwa Freiheits- und Bürgerrechte, soziale Gerechtigkeit und Teilhabe an Entscheidungen, die Sicherung eines befriedigenden Lebensstandards und nicht zuletzt die Bewahrung der natürlichen Umwelt. Um Mißverständnissen vorzubeugen: ein sich selbst überlassenes Marktsystem garantiert sicherlich nicht die Durchsetzung derartiger Wertvorstellungen. Angewandt auf ökologische Werte bedeutet dies: Umweltnormen sind nicht von Marktsignalen ableitbar, sondern von politischen (örtlichen, regionalen beziehungsweise staatlichen) Institutionen festzulegen. Deren Zielnormen sind jedoch am ehesten mittels monetärer, marktkonformer Instrumente (Gebühren, Strafen, Prämien et cetera) und nur in Ausnahmefällen mit Hilfe administrativer Weisungen zu erreichen.

Zielkonflikte, von denen hier die Rede ist, entstehen freilich auch in westlichen Marktwirtschaften. Vier Zielkonflikte scheinen mir dabei mit Blick auf den gegenwärtigen Systemwandel in den ehemaligen Ostblockländern besonders relevant zu sein: der Konflikt zwischen Freiheit und Gleichheit; der Konflikt zwischen wirtschaftlicher Effizienz und sozialen Belangen; der Konflikt zwischen wirtschaftlicher Effizienz und demokratischer Partizipation an Entscheidungen; der Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie.³ Ungeachtet aller gebotenen Kritik an den bisherigen Lösungsansätzen bleibt aber unumstritten, daß gerade der Konflikt zwischen Ökologie und Ökonomie im Westen unvergleichlich besser bewältigt worden ist, als in den ehemaligen planwirtschaftlichen Ländern. Man sollte nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, daß die Konfliktsituation im Zuge des Systemwandels im Osten in weit krasserem Licht zutage tritt, als dies heute in westlichen Industrieländern der Fall ist.

Das Beispiel der CSFR

Das von der tschechoslowakischen Regierung im August 1990 verabschiedete Reformszenario bietet nach meiner Überzeugung eine geeignete Grundlage für die Bewältigung der Aufgaben, die auf ökonomischem, sozialem und nicht zuletzt auf ökologischem Gebiet auf das Land zukommen.⁴ Das auf ökonomische Effizienz abzielende Konzept stützt sich auf die folgenden Säulen:

- eine weitgehende Freigabe der Preise zur Jahreswende, eine Deregulierung der Binnenwirtschaft, eine Entflechtung, Kommerzialisierung und etwas später einsetzende Privatisierung der Staatsbetriebe;

³ Vgl. ausführlich: Jifi Kosta, Sozialistische Werte und ökonomische Systeme, in: Ota Sik u. a., Die sozial-gerechte Marktwirtschaft - ein Weg für Osteuropa, Freiburg 1990, S. 88-95.

⁴ Das Reformszenario wird kommentiert in: Jifi Kosta, Ökonomische Aspekte des Systemwandels in der Tschechoslowakei, in: Demokratischer Umbruch in Osteuropa, hrsg. von Rainer Deppe u. a., Frankfurt/M. 1991, S. 301-305.

- eine Liberalisierung der Außenwirtschaft, verbunden mit der Zielsetzung der Konvertierbarkeit der Krone, der eine massive Abwertung vorausgegangen ist;
- eine stabilitätsorientierte und das heißt restriktive Geld- und Fiskalpolitik sowie eine moderate Lohnpolitik als Gegengewicht gegenüber inflationärem Druck;
- eine Struktur-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik, die ökonomischen, ökologischen sowie sozialen Belangen (hier die Konfliktfelder) genügen soll.

Es war abzusehen, daß eine derartige Reformstrategie soziale Härten nach sich ziehen wird. Die Entwicklung im ersten Halbjahr 1991, die durch einige Zahlen beleuchtet werden soll,⁵ belegt die Konfliktsituation, die sich zwischen dem Ziel wirtschaftlicher Effizienz und den sozialen Belangen ergeben. Auf die ökologische Erblast kann hier nicht näher eingegangen werden, da positive Ergebnisse binnen einiger Monate nicht zu erwarten waren.

Während die Industrieproduktion in den ersten sechs Monaten dieses Jahres im Vergleich zum ersten Halbjahr 1990 um etwa 16 Prozent zurückgegangen und die Bautätigkeit gar um 25 Prozent geschrumpft ist, hat die Arbeitslosenquote mit 4 Prozent - gemessen an westlichen Vergleichszahlen - noch keine bedrohlichen Ausmaße erreicht. Das anvisierte Ziel des Produktivitätsanstiegs ist zwar auf der Strecke geblieben, unter sozialen Gesichtspunkten ist die Beschäftigungslage - etwa im Vergleich zur ehemaligen DDR oder auch zu Polen - in der CSFR bislang als positiv zu betrachten. Dies bestätigen auch die ersten beschäftigungspolitischen Maßnahmen wie Umschulung, die Förderung neuer, insbesondere privater Unternehmensaktivitäten et cetera. Als Minuspunkt ist jedoch der extrem hohe Preisanstieg im ersten Halbjahr (etwa 63 Prozent gegenüber der gleichen Vorjahresperiode) zu betrachten. Allerdings schnellten die Preise vor allem in den ersten zwei Monaten empor, während in der Folgezeit die Inflationskurve zusehends verflachte. Gesamtstaatliche Tarifabsprachen zwischen Behörden, Unternehmensverbänden (bislang geht es eher um Vertreter von Staatsbetrieben) und Gewerkschaften führten zu einer moderaten Lohnentwicklung. Die Realeinkommen waren unter diesen Bedingungen freilich stark rückläufig, nach Schätzung lagen sie im Sommer dieses Jahres um etwa 25 bis 30 Prozent unterhalb des Niveaus vom Sommer des Vorjahres.

Die hier beschriebenen sozialen Härten führten zu einem Vertrauensverlust von größeren Teilen der Bevölkerung - vor allem in der Slowakei, wo die Arbeitslosenquote höher liegt, als in der Tschechischen Republik. Dennoch besteht immer noch ein sozialer Grundkonsens zwischen Führung und Einwohnerschaft, der in der CSFR vermutlich nach der Wende stärker war als in irgend einem anderen Land des ehemaligen sowjetischen Blocks.

⁵ Quelle: Föderales Statistisches Amt Prag; in den Zahlen der Industrie- und Bauproduktion sind Aktivitäten des neu gegründeten Privat-Sektors enthalten, in den Umsatzdaten des Einzelhandels ist dies nicht der Fall.

Die fortgeführte Reformdiskussion der Ökonomen deutet auf eine Differenzierung der Positionen hin, die im Zusammenhang mit den aufgezeigten Konfliktfeldern zu sehen ist. Zwar gibt es heute kaum mehr Befürworter eines „Dritten Wegs“, einer Verbindung von Plan und Markt, von (überwiegend) öffentlichem und (ergänzend) privatem Eigentum an Produktionsmitteln. Die Orientierung auf eine Marktwirtschaft, die sich auf einen dominierenden Privatsektor stützt, ist unumstritten. Die Kontroverse betrifft jedoch wirtschaftspolitische Optionen, die das Tempo, die Abfolge sowie die Gewichtung prozeßpolitischer Maßnahmen in Frage stellen.

Drei Hauptströmungen sind zu erkennen.⁶ Die regierungsnahe Gruppe um den Finanzminister Vaclav Klaus plädiert für eine Marktwirtschaft „ohne Adjektiv“ (etwa eine „soziale“ oder „ökologische“ Marktwirtschaft). Wirtschaftstheoretisch bekennen sich diese Ökonomen zum Monetarismus. Verfolgt man jedoch die konkrete Wirtschaftspolitik, die unter ihrer Federführung realisiert wird, dann findet man - Gott sei Dank - etliche Elemente, die mit einer reinen Geldmengesteuerung à la Milton Friedman wenig zu tun haben. Realiter spielen, wie angedeutet, Struktur- und sozialpolitische Eingriffe eine erhebliche Rolle. Am anderen Pol gibt es Wirtschaftswissenschaftler, die ein eher gradualistisches Vorgehen unter stärkerer Akzentuierung staatlicher Interventionen propagieren. Zu ihnen gehören unter anderen Wissenschaftler des von Valtr Komárek geführten Prognose-Instituts. Eine Zwischenposition nehmen andere Experten ein - so etwa führende Mitarbeiter des Prager Ökonomischen Instituts -, die zwar für eine radikale und beschleunigte Marktkonzeption eintreten, sich jedoch von neoliberalen Lehrbuchtheorien distanzieren und die Notwendigkeit einer sozial engagierten und ökologisch orientierten Wirtschaftspolitik herausstellen.

In keinem der drei Länder Ostmitteleuropas, und erst recht nicht in Südosteuropa oder in der Sowjetunion, ist damit zu rechnen, daß die Irrwege der Vergangenheit - nicht zuletzt die Versäumnisse im ökologischen Bereich - in wenigen Jahren zu überwinden sein werden. Zwei Faktoren werden darüber mit bestimmen, wie lang die bevorstehende Durststrecke sein wird: Die Talsohle kann um so eher durchschritten werden, je konsequenter erstens die politischen Führungen an einer marktorientierten und gleichzeitig die sozialen und ökologischen Belange berücksichtigenden Reformstrategie festhalten wird, und zweitens je größer die Bereitschaft des Westens ist, materielle und geistige Ressourcen einzusetzen, um den Transformationsprozeß im Osten zu stützen.

⁶ Die folgenden Aussagen stützen sich auf die Lektüre etlicher tschechischer Fachzeitschriften und interner Diskussionspapiere sowie auf vielfache Gespräche des Verfassers mit tschechischen und slowakischen Fachkollegen.